

Protokoll

der öffentlichen Sitzung Nr. 40/11-15 des des Beirates Woltmershausen am 12.01.2015

Ort: Gemeinderaum der Evangelischen Freikirche, Woltmershauser Straße 298, 28197 Bremen

Beginn: 19.30 Uhr

Ende der Sitzung: 21.45 Uhr

Anwesend: Ursula Becker, Torsten Bobrink, Emil Gerke, Manfred Herzig, Mazlum Koc, Ole Lindemann, Holger Meier, Christoffer Mendik, Thomas Plönnigs, Anja Schiemann, Heidelinde Topf, Edith Wangenheim

Fehlend: Tim Fette

Referent_innen/Gäste: Hr. Hach (Immobilien Bremen), Fr. Kramer (Umweltbetrieb Bremen/UBB), Hr. Müller-Hirschmann (Architekturbüro Rosengart+Partner), Hr. Dr. Schwarz (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen), Vertreter der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Michael Radolla, beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht die Beiratssprecherin allen Anwesenden ein gutes und friedliches neues Jahr. Vor dem Hintergrund der jüngsten Terrorereignisse in Paris macht sie deutlich, dass insbesondere Toleranz und Pressefreiheit unverzichtbare demokratische Errungenschaften darstellten, die es im Hinblick auf ein jederzeit respektvolles Miteinander aller Kulturen innerhalb der Gesellschaft entschieden zu verteidigen gelte.

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2 – Stadtteilbezogene Anträge, Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus der Bevölkerung

Eine Bürgerin macht Anmerkungen zu folgenden Sachverhalten und bittet um entsprechende Aufklärung:

- Die Tischtennisplatte auf dem Spielplatz Hempfenweg ist aktuell unbespielbar (Ausrichtung erforderlich)
- Im Zuge der Bauarbeiten Hermann-Ritter-Straße ist die die Randbepflanzung zwischen Straßenzug und Spielplatz Hempfenweg entfernt und noch nicht wieder ersetzt worden
- Ebenfalls im Rahmen der Bauarbeiten sind Fahrradbügel im Bereich der Haltestellen der Linie 63 entfernt und nicht wieder ersetzt worden
- Das denkmalgeschützte Gebäude der „Alten Wache“ in der Warturmer Heerstraße sei nach ihrem Kenntnisstand seinerzeit an den jetzigen Eigentümer mit der Auflage zur Sanierung des Komplexes veräußert worden. Bislang seien allerdings lediglich seitlich des Hauses Parkplätze eingerichtet worden, eine Gebäudesanierung stehe nach wie vor aus

Die anwesende UBB-Vertreterin nimmt die Hinweise zum Spielplatz Hempfenweg, das Ortsamt den zu den fehlenden Fahrradbügeln zur Klärung der jeweiligen Sachverhalte auf. Darüber hinaus erklärt die Vorsitzende, der neue Eigentümer des denkmalgeschützten Hauses habe in einem persönlichen Gespräch durchaus sein Interesse an einer zeitnahen Sanierung erkennen lassen. Bislang habe sich jedoch unter Berücksichtigung der baulichen Auflagen des Denkmalschutzes noch keine mögliche Anschlussnutzung für das Gebäude finden lassen. Der Eigentümer wäre daher für entsprechende Vorschläge sicher dankbar.

Ein Anwohner der Huchtinger Straße beklagt wiederholt baustellenbedingt verdrängte LKW-Verkehre (Baumaßname Hermann-Ritter-Straße) im Straßenzug. Aus seiner Sicht sei die Huchtinger Straße dafür völlig ungeeignet. Stattdessen plädiere er für eine Ausschilderung bereits im Einmündungsbereich der Straße in Richtung des Kamphofer Damms, der diese Verkehre deutlich besser aufnehmen könne. Er habe diesen Vorschlag bereits der Polizei unterbreitet, sei aber mit dem Argument zurückgewiesen worden, dass dies dann für alle anderen angrenzenden Straßenzüge gleichermaßen umgesetzt werden müsste.

Der Vertreter der Polizei sagt zu, den Sachverhalt nochmals im Revier gemeinsam mit dem dortigen Verkehrssachbearbeiter besprechen zu wollen.

Top 3 – Projekt Mensa und Jugendfreizeitheim Roter Sand

Als Einleitung zum Thema berichtet eine Sozialpädagogin von einem Projekt mit Kindern und Jugendlichen des Jugendfreizeitheims (JFH) Rablinghausen, mit Hilfe dessen Wünsche und Erwartungen der Jugendlichen an den

künftigen Standort des JFH am Roten Sand erarbeitet werden sollten. Dies sei gemeinsam mit 28 Kindern und Jugendlichen im Alter von 8 bis 21 Jahren sehr erfolgreich durchgeführt worden. Nun sei es wichtig, sich mit den Ergebnissen im Rahmen der Planung auseinander zu setzen und diese auf Möglichkeiten der Umsetzung zu prüfen. Damit werde auch ein wichtiges Signal in Richtung der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf die Ernsthaftigkeit ihrer Beteiligung gesendet.

Der Beirat unterstützt diese Sichtweise nachdrücklich und bittet auch seinerseits die Planer, sich zeitnah mit den Ergebnissen des Projektes zu befassen.

Im Anschluss stellen die Vertreter_innen des Architekturbüros, von Immobilien Bremen und UBB gemeinsam anhand einer Bildschirmpräsentation die Grundzüge der Planung vor. Einzelheiten dazu können der Anlage 1 des Protokolls der Planungskonferenz Woltmershausen vom 08.04.2013 entnommen werden.

UBB wurde daneben zwischenzeitlich mit der Planung der Außenanlagen beauftragt. Da für diesen Bereich aktuell nur sehr geringe Mittel zur Verfügung stehen, konnten zunächst nur die wesentlichsten Bestandteile in der Infrastruktur berücksichtigt werden (Hauptzufahrt von der Straße Roter Sand, Rasenflächen, Plattenweg als Gebäudeumgebung, Fahrradbügel an zwei Standorten und eine kleine Terrasse als Außenbereich der Mensa). Im Zuge der Planung wurden darüber hinaus zudem weitere Außenbereiche des Schulgeländes als sanierungsbedürftig erkannt. Für dahingehende Planungen und Umsetzungen stehen aber derzeit keine weiteren Mittel zur Verfügung bzw. in Aussicht.

Die Arbeiten an Mensa und Jugendfreizeitheim sollen im Februar/März diesen Jahres mit Kampfmittlräumung und Tiefgründung (37 Pfahlbohrungen mit einer Tiefe von 12 Metern) beginnen. Die komplette Fertigstellung des Gebäudes ist für den Sommer 2016 geplant. Daneben soll auch eine Sanierung des Schulgebäude-Altbestandes durchgeführt werden. Die Abstimmungen dazu befinden sich derzeit auf Deputationsebene. Entsprechende Mittelzusagen vorausgesetzt sollen die Umsetzungen dazu in den Jahren 2016 bis 2018 erfolgen.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und erklärt, ihm sei wichtig, für den Beginn der Arbeiten an Mensa/JFH aufgrund der herausragenden Bedeutung des Projektes im Stadtteil einen symbolischen ersten Spatenstich im Rahmen einer entsprechenden Veranstaltung vorzusehen. Hierzu sollen weitere Abstimmungen zwischen der Schule Roter Sand, Immobilien Bremen und dem Beirat stattfinden.

Top 4 – Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit („OJA“)

Der Vertreter der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen erklärt, der Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Konzeptes für die offene Kinder- und Jugendarbeit gemeinsam mit den Beiräten, Fachkräften der Jugendarbeit und den Jugendlichen selbst sei im Jahr 2013 ergangen. Dies vor dem Hintergrund des geltenden Anpassungskonzept und dessen finanzieller Ausstattung, die sich in zunehmendem Maße als unzureichend für die angemessene Erfüllung des Konzeptauftrages herausgestellt habe.

Anschließend erläutert er anhand der in Anlage 1 dargestellten Übersicht den Aufbau des neuen Rahmenkonzeptes. Dabei sei als besonderer Erfolg herauszustellen, dass es gelungen sei, trotz eines deutlichen Mehrbedarfes einiger Stadtteile eine Umverteilung untereinander zu vermeiden. Stattdessen soll überall mindestens der jetzige Status Quo gewährleistet werden und den Stadtteilen mit Mehrbedarf darüber hinaus dieser in Stufen bis 2018 zusätzlich gewährt werden. Zudem habe der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss gefasst, in dem er unter anderem eine Aufstockung aller Stadtteilbudgets ab 2016 um 3,5 % fordert, um die sukzessive gesteigerten Betriebs- und Personalkosten der Einrichtungen teilweise ausgleichen zu können. Die Deputation habe diese Forderung unterstützt und ihrerseits beschlossen, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses über den Senat an die Bremische Bürgerschaft weiterzuleiten. In diesem Zusammenhang könne auch die weitere Unterstützung der Beiräte hinsichtlich dieser Forderungen durchaus hilfreich sein.

Darüber hinaus seien alle Stadtteile aufgefordert, bis Ende 2015 ein neues Stadtteilkonzept für die offene Jugendarbeit (Zielgruppe 10-20-jährige, in Woltmershausen 1026 Jugendliche/250.000,00 € Fördervolumen) auf der Grundlage des neuen Rahmenkonzeptes zu erstellen. Die Zuständigkeit der Erarbeitung liege beim Amt für Soziale Dienste und müsse in enger Abstimmung mit den jeweiligen Controlling-Ausschüssen, Trägervertretern, Fachkräften der Jugendarbeit und den Beiräten erfolgen. Hier sollten die Beiräte bereits entsprechende Befassungstermine für den Herbst dieses Jahres fest vorsehen.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Top 5 – Bericht der Beiratssprecherin

- 19.12.2014: Weihnachtsfeier der Grundschule Rablinghausen mit der Aufführung eines Musicals, das von Schüler_innen gemeinsam mit der Musikwerkstatt der Bremer Philharmoniker erarbeitet worden war

Top 6 – Bericht der Ausschusssprecher_innen

- 11.12.2014, Fachausschuss Innovation/Stadtteilangelegenheiten:
Befassung mit dem Thema „Car-Sharing im Stadtteil“; im Ergebnis konnte die Einrichtung eines Mobilpünktchens mit zwei Stellplätzen ab Sommer 2015 in der Woltmershauser Straße in Höhe Marktplatz erreicht werden; bei guter Annahme des Angebotes besteht die Möglichkeit der Erweiterung um mindestens zwei weitere Standorte

Top 7 – Anträge aus dem Beirat ./.

Top 8 – Berichte des Amtes

- Aktuelle Veranstaltungshinweise

Top 9 – Genehmigung des Protokolls der Sitzung (Nr. 39/11-15) vom 08.12.2014

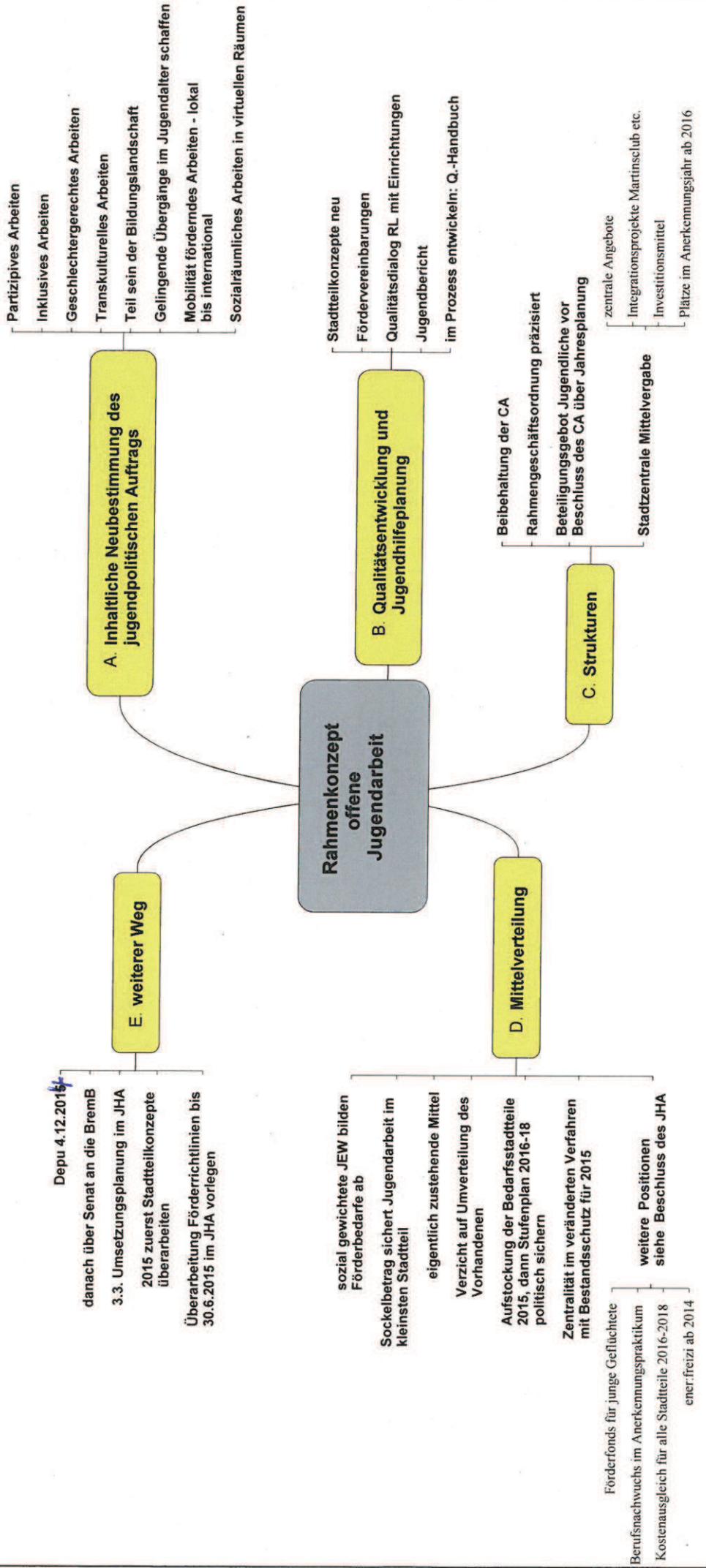
Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt.

Top 10 – Verschiedenes aus dem Beirat ./.

Edith Wangenheim
Beiratssprecherin

Annemarie Czichon
Vorsitz

Michael Radolla
Protokoll



Der Jugendhilfeausschuss hat auf seiner Sitzung am 11.11.2014 zum **Rahmenkonzept offene Jugendarbeit in Bremen** folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt das „Rahmenkonzept offene Jugendarbeit in Bremen“ in der vorgelegten Fassung.
2. Er erwartet vom Amt für Soziale Dienste und von den Trägern der freien Jugendhilfe, durch die aktive Umsetzung des Rahmenkonzepts die Qualität der offenen Jugendarbeit in Bremen qualifiziert weiterzuentwickeln. Dazu sind im ersten Schritt im Jahre 2015 alle Stadtteilkonzepte für die offene Jugendarbeit entsprechend zu aktualisieren.
3. Der Jugendhilfeausschuss erwartet von der Verwaltung die Vorlage einer überarbeiteten Fassung der Förderrichtlinien für die offene Jugendarbeit bis zum 30.6.2015.
4. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Absicht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, bereits im Jahr 2015 durch Umschichtungen innerhalb des Produktplans 41 eine Verstärkung der Förderbudgets für Stadtteile mit Mehrbedarf vorzunehmen und damit auf die hohen Förderbedarfe von Kindern und Jugendlichen zu reagieren. Er unterstützt den Vorschlag, keine Umschichtung zwischen den Stadtteilen vorzunehmen. Er hält es für notwendig, die im sozial gewichteten Verteilerschlüssel ermittelten Zielzahlen in einem Stufenplan bis 2018 zu erreichen.
5. Der Jugendhilfeausschuss hält eine Aufstockung aller Stadtteilbudgets um jährlich 3,5 %, beginnend im Jahr 2016, für erforderlich, damit die steigenden Betriebskosten der Jugendeinrichtungen auskömmlich finanziert werden können.
6. Die im Rahmenkonzept genannte Schwerpunktsetzung in die Förderung von jungen Flüchtlingen durch und in den Jugendeinrichtungen wird vom Jugendhilfeausschuss ausdrücklich begrüßt. Um den spezifischen Anforderungen an diese Jugendarbeit genügen zu können, werden zusätzliche Fördermittel erforderlich. Der JHA bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, sich ressortübergreifend und auf gesamtstädtischer Ebene dafür einzusetzen, dass dieser Integrationsbeitrag durch zusätzliche Mittel angemessen finanziert wird.
7. Die im Rahmenkonzept genannte Schwerpunktsetzung in der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Gestaltung der Bildungslandschaften soll im neu eingerichteten Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses fachlich mit dem Ziel beraten werden, für verstärkte gemeinsame Projekte von Schule und Jugendarbeit Schwerpunkte zu setzen und die erforderlichen Ressourcen darzustellen. Er bittet die Senatorinnen für Jugend und für Bildung, sich für die Bereitstellung der notwendigen Umsetzungsbedingungen einzusetzen.
8. Der Jugendhilfeausschuss erwartet eine qualifizierte Ermittlung der Bedarfe für die stadtteilübergreifenden und stadtzentralen Angebote der Jugendarbeit. Parallel zur Erarbeitung der Stadtteilkonzepte soll ein Konzept für diese zentralen Angebote erarbeitet werden. Er bittet die Verwaltung, für die finanzielle Ausstattung des stadtzentralen Fördertopfes ab 2016 im Zuge der Haushaltsaufstellung die für den Erhalt und Ausbau der bestehenden Angebote und für neue stadtzentrale Schwerpunktsetzungen (z.B. Teilhabe an Medienkompetenzen, Kultur, Genderförderung, Inklusion) erforderlichen Mittel anzumelden.
9. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Bereitschaft von „Energiekonsens Bremen“, mit einem Förderprojekt die Themenstellung Klimaschutz und Energiesparen bereits kurzfristig mit den Jugendeinrichtungen zu realisieren und damit auch einen Beitrag zur Absicherung der Grundlagen der offenen Jugendarbeit zu leisten. Er bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die gegebenenfalls benötigten Komplementär-mittel (20 T€) aus Investitionsmitteln des Produktbereichs bereitzustellen.
10. Die im Rahmenkonzept aufgeführte Herausforderung der Gewinnung des Fachkräftenachwuchses wird vom Jugendhilfeausschuss als dringliche Zukunftssicherung bewertet. Er bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, mit dem Finanzressort über die Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen (BA) im Anerkennungsjahr in den öffentlich finanzierten Jugendeinrichtungen freier Träger zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese Option zum Frühjahr 2016 umgesetzt werden kann.
11. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorgelegte Rahmengesäftsordnung für die Controllingausschüsse für stadtteilbezogene offene Jugendarbeit mit den von LAG und Jugendverbänden vorgelegten Änderungen.
12. Um insgesamt Planungssicherheit zu gewinnen und die bisher gezeigte hohe Motivation der Träger der Jugendarbeit und der Fachkräfte zu sichern, fordert der Jugendhilfeausschuss von der Bremischen Bürgerschaft, die nachgewiesenen Bedarfe im Rahmen eines Stufenplans bis 2018 über erhöhte Anschlagbildung in der Aufstellung der entsprechenden Haushalte nachzuvollziehen. Er bittet die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend darum, das Rahmenkonzept und den Beschluss des Jugendhilfeaus-schusses über den Senat an die Bremische Bürgerschaft weiterzuleiten.

TOP 7: Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage Nr. 216/14)

Herr Staatsrat Frehe führt in die Vorlage ein und verweist auf die ausführliche Debatte im Jugendhilfeausschuss. Es findet eine kurze Aussprache statt.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) bittet um Änderung des Beschlusses (Ziffer 5) entsprechend des Beschlusses im Jugendhilfeausschuss am 11.11.2014 wie folgt (Änderung Kursiv):

„5. Die Deputation nimmt die Forderung des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis, wonach die nachgewiesenen Mehrbedarfe im Rahmen eines Stufenplans bis 2018 über erhöhte Anschlagbildung in der Aufstellung der entsprechenden Haushalte von der Bremischen Bürgerschaft *nachzuvollziehen ist*. Sie beschließt, das Rahmenkonzept und den Beschluss des Jugendhilfeausschusses über den Senat an die Bremische Bürgerschaft weiterzuleiten.“

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) bittet darum, die Ziffer 2 extra und die Ziffern 3 bis 5 zusammen abzustimmen.

Die Deputation ist mit dem Verfahren einverstanden.

Die Deputation fasst folgenden

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Beschluss des Jugendhilfeausschusses über das „Rahmenkonzept offene Jugendarbeit in Bremen“ zur Kenntnis.

Die Deputation fasst gegen die Stimme der Fraktion Die Linke folgenden

Beschluss

2. Die Deputation begrüßt die Absicht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, bereits im Jahr 2015 durch Umschichtungen innerhalb des Produktplans 41 eine Verstärkung der Förderbudgets für Stadtteile mit Mehrbedarf vorzunehmen und damit auf die hohen Förderbedarfe von Kindern und Jugendlichen zu reagieren. Sie unterstützt den Vorschlag, keine Umschichtung zwischen den Stadtteilen vorzunehmen. Sie hält es für notwendig, die im sozial gewichteten Verteilerschlüssel ermittelten Zielzahlen in einem Stufenplan bis 2018 zu erreichen.

Auf Wunsch der Fraktion der CDU, die Ziffer 5 zu ändern, fasst die Deputation einstimmig folgenden

Beschluss

3. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, sich auf gesamtstädtischer Ebene dafür einzusetzen, dass der Integrationsbeitrag in der Flüchtlingsbetreuung durch Jugendeinrichtungen durch zusätzliche Mittel angemessen finanziert wird.
4. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend begrüßt die Bereitschaft von „Energiekonsens Bremen“, mit einem Förderprojekt die Themenstellung Klimaschutz und Energiesparen bereits kurzfristig mit den Jugendeinrichtungen zu realisieren und damit auch einen Beitrag zur Absicherung der Grundlagen der offenen Jugendarbeit zu leisten. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die gegebenenfalls benötigten Komplementärmittel (20 T€) aus Investitionsmitteln des Produktbereichs bereitzustellen.
5. Die Deputation nimmt die Forderung des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis, wonach die nachgewiesenen Mehrbedarfe im Rahmen eines Stufenplans bis 2018 über erhöhte Anschlagbildung in der Aufstellung der entsprechenden Haushalte von der Bremischen Bürgerschaft nachzuvollziehen ist. Sie beschließt, das Rahmenkonzept und den Beschluss des Jugendhilfeausschusses über den Senat an die Bremische Bürgerschaft weiterzuleiten.